

von Hannes Rockenbauch

Unermüdlicher Kämpfer

Stuttgart 21
**Baustopp –
Umstieg – Jetzt!**

Samstag, 16.07.16
Demo: 13:30 Uhr
Kundgebung: 14 Uhr
Schlossplatz



Hier spielt die Musik: Gangolf Stocker verschaffte nicht nur Musikanten Gehör. Jahrzehntelanger Einsatz gegen Stuttgart 21 und für Kopfbahnhof 21 gehört zu seinen größten Verdiensten.

Zur Verabschiedung von Gangolf Stocker aus dem Gemeinderat

Am 28.04.2016 ist Gangolf Stocker auf eigenen Wunsch hin aus dem Gemeinderat ausgeschieden. Wie viele wissen, tat er dies nicht ohne eine gehörige Portion Frust über die politischen Spielchen in den städtischen Gremien. Wer Gangolf kennt, weiß, dass ihm Parteipolitik, politisches Geschacher und taktische Spielchen immer schon zuwider waren.

Was ihn treibt, ist sein Verlangen, nahe einer gerechteren, solidarischeren Welt.

Dabei gehört Gangolf zu den wenigen radikalen Linken, die schon früh begriffen, dass Zukunft nicht ohne einen grundsätzlich anderen Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen zu haben ist. Gangolfs politisches Wirken für ein ökologisches und soziales Stuttgart begann lange bevor Stuttgart 21 auf der Agenda stand und er Stadtrat wurde.

Kennengelernt habe ich Gangolf tatsächlich durch Stuttgart 21 und zwar, als mich mein Vater in die Galerie am Weißenhof mitgenommen hatte. Das muss so um das Jahr 1995 gewesen sein und die Initiative Leben in Stuttgart – kein Stuttgart 21 hatte sich gerade gegründet. Für mich damals noch als Jugendlicher waren diese Runden von älteren Damen und Herren nicht nur meine erste Schule in politischem Argumentieren und Agieren. Ich weiß noch, wie ich mit dieser Runde das erste Mal auf der Königstraße Unterschriften sammelte. Von den Passanten interessierte sich damals fast keiner für Stuttgart 21. Die Unterschriften für den Bürgerantrag bekamen wir trotzdem zusammen. Damals lehnte es der Gemeinderat ab, sich überhaupt mit unserem Anliegen zu befassen. Komischerweise war das für die Runde um Gangolf, kein Grund, nicht noch intensiver an ihrem Widerstand gegen Stuttgart 21 zu arbeiten. Als dann 1997 die offene Bürgerbeteiligung zu S21 begann, diskutierten wir heiß, ob wir uns überhaupt an dieser Scheinbeteiligung

beteiligen sollten. Wir entschieden uns dafür. Noch heute kann man auf YouTube nachhören, wie Gangolf an OB Schuster die Frage stellte, wie sich denn in so einem Verfahren diejenigen Bürger vertreten fühlen sollten, die eine Kombination aus Kopf- und Durchgangsbahnhof oder eine Modernisierung des Kopfbahnhofs anstreben.* Knapp zwanzig Jahre später hat diese Frage – gelinde gesagt – keinesfalls an Aktualität verloren. Auch damals blieb der OB eine Antwort schuldig und der Gemeinderat lehnte mit überwältigender Mehrheit unsere grundsätzlichen Alternativen und die Arbeit von mehreren Monaten ab. Doch uns blieb keine Zeit, Trübsal zu blasen und ich glaube, es war Gangolf, der dann sagte:

„Wenn die so mit uns umgehen, dann gehen wir da jetzt rein, in den Stadtrat.“



Hannes Rockenbauch

Stadtrat
Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS)

Wir bildeten eine Liste für die Kommunalwahl mit Gangolf als Spitzenkandidat. „Parteilos glücklich“ schaffte es knapp nicht in den Stadtrat.

Gangolfs Elan blieb jedoch wieder einmal ungebrochen: Mit der Veranstaltungsreihe „Wege zur Nachhaltigkeit“ haben wir die Grundlagen für die Themen Verkehrswende, Boden- und Vorratspolitik und Energie-wende gelegt und von der Stadt geträumt, die Stuttgart 21 nicht nötig hat. Ganz praktisch war dies auch schon die Vorarbeit für eine erneute Kandidatur zur Kommunalwahl 2004.

Und ich lernte nebenbei meine wichtigste politische Lektion:

Jede politische Niederlage ist eine Chance es nächstes Mal besser zu machen.

Und genau das hatten wir vor. Gangolf arbeitete an einem breiten Zusammenschluss aller Linken Bündnisse in Stuttgart. Als diese sich wieder einmal nicht einigen konnten, verzichtete Gangolf, im Gegensatz zu mir, auf seine Kandidatur.

So wurde ich dann anstatt ihm Stadtrat. Zum Glück bot sich Gangolf gleich als Unterstützung, an was ich natürlich sofort angenommen habe. Tja, seitdem haben wir gemeinsam das Rathaus unsicher gemacht. In dieser gemeinsamen Zeit habe ich Wichtiges von Gangolf gelernt:

Setz dir Schwerpunkte und konzentrier dich auf diese, alles andere – vor allem die Flut an Vorlagen – gehört in den Papierkorb.

Wenn man ein System verändern will – und sei es nur die Hinterzimmerpolitik – darf man nicht dazugehören wollen.

Das bedeutet eben auch: sich nicht ständig auf Einweihungsfestchen und Empfängen zu tummeln, sondern seine Kraft auf die Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Initiativen zu verwenden.

Um eigene Themen zu setzen, ist außerparlamentarischer Druck nötig. Notfalls musst du ihn selber organisieren, wie wir es dann bei Stuttgart 21 getan haben.

Ich muss sagen, dieses Politikverständnis hat es mir leichter gemacht, mich von den kommunalpolitischen Niederungen nicht verrückt machen zu lassen.

Gangolf hat seit dem Jahr 2009 die Fraktion im Ausschuss für Umwelt und Technik vertreten und neben seinem Kampf gegen Stuttgart 21 auch für eine nachhaltige Verkehrspolitik, gegen die Privatisierungswelle und für eine soziale Wohnungspolitik gestritten. Besonders beim Thema Verkehr haben wir noch viel vor uns: Das Ziel ist, den Autoverkehr massiv zu reduzieren, das Verkehrsgeschehen zu entschleunigen, eine radfahrer- und fußgängergerechte Stadt, die ohne Feinstaubalarm auskommt.

Gangolfs klare Sprache und seine Fähigkeit, sich auf die wesentlichen Dinge zu konzentrieren, vermissen wir in der täglichen politischen Arbeit – seine Ideen werden von der Fraktion weiter verfolgt, bis auch den Anderen klar wird: es geht um eine Verbesserung der Lebensqualität in Stuttgart.

**Die Frage Gangolf Stockers lässt sich unter YouTube unter folgendem Stichwort finden:*

„S21: Bereits 1997 Proteste, Ignoranz und Arroganz in Stuttgart zu Stuttgart21 – Ab Minute 2:20 fragt Gangolf nach den Alternativen

Link: https://www.youtube.com/watch?v=8VV0M8_qAto



Politische Weggefährten: Hannes Rockenbauch und Gangolf Stocker kämpfen seit Jahrzehnten gegen Stuttgart 21

von Christian Walter

Schulentwicklung: Zusammenlegungen genau prüfen!



Christian Walter

Stadtrat
Studentische Liste – junges Stuttgart



Uhlandschule in Stuttgart

Als Schulträger sieht sich die Landeshauptstadt Stuttgart und somit auch unsere Fraktion immer wieder mit Vorschlägen konfrontiert, Schulen zusammenzulegen. Dies kann sinnvoll sein, aber auch negative Auswirkungen mit sich bringen – deshalb gilt für uns die Devise, immer den Einzelfall genau zu prüfen!

Vergangenes Jahr gerieten hauptsächlich die Beruflichen Schulen in den Fokus: Während berufliche Gymnasien boomen, gehen die Zahlen in vielen Ausbildungsberufen stark zurück.

Der Trend zum Studium sowie der demografische Wandel lassen einen deutlichen Rückgang der Schülerzahlen an den Beruflichen Schulen erwarten.

Aufgrund dieser Entwicklung haben wir anerkannt, dass die Stadt mit ihrem „Entwicklungsplan Berufliche Schulen“ gegensteuern muss. Dabei steht das Ziel im Mittelpunkt, dass die Schulen so umorganisiert werden, dass die vorhandenen Ressourcen (Räume, Lehrer) optimal eingesetzt werden können. Dies ist insbesondere auch im Sinne des Personals, denn wenn Lehrer ihren Lehrauftrag an mehreren Schulen erfüllen müssen, bringt dies lange Wegzeiten mit sich. Der Prozess der Schulentwicklung, bei dem zwei Schulen geschlossen werden und somit für eine Nachnutzung bereitstehen, wird von uns selbstverständlich kritisch begleitet – zuletzt mit einer Anfrage, ob

aufgrund der zahlreichen Internationalen Vorbereitungsklassen an den Berufsschulen möglicherweise nachgesteuert werden muss.

Etwas anders als an den Beruflichen Schulen gestaltet sich die Situation an den Grundschulen. Zuletzt gab es immer häufiger Vorschläge vonseiten der Verwaltung, Grundschulen zusammenzulegen, unter anderem in Weilimdorf, Degerloch und Stuttgart-Süd. Dies kann im Einzelfall sinnvoll sein: Je kleiner eine Schule ist, desto problematischer ist unter Umständen die Lehrerversorgung (etwa im Krankheitsfall). Zusätzliche Angebote wie AGs können an kleinen Schulen nicht in der gleichen Breite wie an größeren angeboten werden. Auch die Einrichtung einer freiwilligen Ganztageschule ist bei wenigen Zügen kritisch, da dann sehr wahrscheinlich sogenannte Mischklassen mit Ganztages- und Halbtageskindern gebildet werden müssen.

Klar ist aber auch: Wird eine Schule durch Zusammenlegung zu groß, kann sich das sehr negativ auswirken.

Der Platz auf dem Pausenhof wird eng, die Schule für die Kinder unübersichtlich, die Mittagsessenausgabe gedrängt usw. Kritisch zu sehen ist außerdem, dass der Schulweg für denjenigen Teil der Kinder, deren Schule geschlossen wird, länger wird – der Grundsatz „kurze Beine, kurze Wege“ sollte aber im Vordergrund stehen.

Nicht zu unterschätzen ist die Rolle einer Grundschule im Stadtteil:

Sie wirkt identitätsstiftend und ist ein Treff- und Begegnungspunkt im Quartier.

Positiv kann bei einer Zusammenlegung hingegen gesehen werden, dass sich Angebote eher lohnen: Der Ganztags kann in Wahlform flexibler gestaltet werden, zusätzliche Angebote können vielfältiger bereitgestellt werden und eventuell lohnt sich der Bau einer Mensa erst, wenn eine gewisse Zahl an Schülern vor Ort ist. Anhand der dargestellten Überlegungen prüft unsere Fraktionsgemeinschaft SÖS-Linke-PluS für jeden Schulstandort genau, was sinnvoll erscheint.

Grundsätzlich gilt es kleinere, übersichtlichere Grundschulen mit ihrem identitätsstiftenden Charakter zu erhalten.

Im Einzelfall kann nach Abwägung aller Kriterien allerdings die Einsicht stehen, dass eine Schule schlicht zu klein wird, um nach wie vor ein pädagogisch attraktives Angebot bereitzustellen – dann kommt man auch an Zusammenlegungen nicht vorbei. Zu guter Letzt spielen natürlich die Voten der Schulgemeinschaft, des örtlichen Bezirksbeirats sowie der Eltern eine wichtige Rolle in unserer Entscheidungsfindung.

von Thomas Adler

Mangel, Misswirtschaft, Mieterhöhung: Warum eine Wende in der Stuttgarter Wohn- nungspolitik dringend vollzogen werden muss



Thomas Adler
Stadtrat
DIE LINKE

Immobilienunternehmen und Investoren kaufen was das Zeug hält und brechen erhaltungswürdige Wohngebäude mit bezahlbaren Wohnungen ab, um neu zu bauen. Mit den Bodenpreisen explodieren auch die Mieten. Der Bestand an Wohnungen mit niedrigen Mieten nimmt dramatisch ab. 21.900 Sozialwohnungen gab es in Stuttgart im Jahr 1992, heute sind es nur noch 15.500 und bis zum Jahr 2020 sind noch lediglich 14.300 prognostiziert. Jedes Jahr fallen doppelt so viele Wohnungen aus der sozialen Mietpreisbindung heraus wie neue entstehen. Laut Statistischem Landesamt fehlen in Stuttgart allein 16.000 Wohnungen. Das wirft die Frage auf: Muss Stuttgart um fast jeden Preis Wohnraum bieten für alle, die in diese Stadt ziehen wollen? Ist es nicht höchste Zeit, in der gesamten Region sozialen, bezahlbaren Mietwohnungsbau vorwärtszutreiben? Die Probleme in Stuttgart selbst werden indes ständig drückender; insbesondere für Normal- und Geringverdiener, Student_innen und für immer mehr Rentner_innen. Jedes Jahr ziehen über 2.000 Rentner_innen weg aus der Stadt, vor allem wegen der zu hohen Mieten. Die Altersarmut nimmt immer mehr zu. Wer nur ein kleines Einkommen hat, wird erst an den Rand, dann ganz aus der Stadt hinausgedrängt. „Die Situation ist alarmierend“, sagt Professor Tilman Harlander, ehemaliger Dekan der Fakultät Architektur und Stadtplanung an der Universität Stuttgart.

Für die Mehrheit des Stadtrats und die Verwaltungsspitze war die Mietpreis-Welt trotzdem allzu lang in Ordnung. Inzwischen kann niemand mehr die Augen verschließen. Oberbürgermeister Fritz Kuhn hat Wohnen zur Chefsache erklärt. Ein „Bündnis für Wohnen“ soll da helfen, doch die Stuttgarter Wohnungspolitik scheitert an der brutalen Realität der Marktkräfte. Denn die sind, anders als im Rathaus gedacht, nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems selbst: Immobilien-Investitionen in Ballungszentren bieten eine gute Kapitalverzinsung und sind deshalb Objekt der Begierde bei Investoren. Ihre Ziele sind nicht eine soziale, bedarfsgerechte Wohnraumversorgung, sondern mit „Beton-gold“ maximale Renditen zu realisieren: Eigentumswohnungsbau statt langfristiger Kapitalbindung in womöglich günstigen Mietwohnungen, Abriss preiswerter Wohnungen und Neubau teurer; Austausch von weniger solventen durch zahlungskräftige Mieter. Das ist für Bauträger lukrativer, als die Nutzung öffentlicher Förder-Programme für mietpreisgebundene Wohnungen. Erst recht, wenn die Kredite fast nichts kosten. Am guten Schnitt, der damit heute zu machen ist, wollen leider auch viele der ehemals gemeinnützigen Genossenschaften und auch die Stuttgarter Wohn- und Städtebaugesellschaft (SWSG) profitieren.

Kurswechsel für ein „soziales Stuttgart für alle“

Wenn dieser Entwicklung aktiv entgegen-gewirkt und bezahlbare Mieten in einem „sozialen Stuttgart für alle“ verwirklicht werden sollen, muss im Rathaus radikal



Protest im Gemeinderat

umgedacht werden. Der erste Schritt wäre, sich von der lange gehegten Illusion zu verabschieden, dass Marktkräfte und Immobilienunternehmen ein Garant für bezahlbare Mieten seien. Wohnen ist Menschenrecht, nicht Ware, sondern Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deshalb

muss die Stadt als zweiten Schritt bei ihrer hundertprozentigen Tochter SWSG mit 18.000 Wohnungen einen Kurswechsel einleiten. Statt Partizipation am Beton-gold muss die SWSG zurück zur sozialen Wohnraumversorgung. Ein Verzicht auf Mieterhöhungen kann dämpfend auf das Stuttgarter Mietpreisgefüge einwirken. Zudem kann die SWSG durch die Instandhaltung erhaltenswerter Wohnanlagen mit niedrigen Mieten ein Signal setzen gegen Abriss und Neubau mit hohen Mieten. Eine Kurskorrektur bei der SWSG reicht aber nicht aus. Sie gehört zwar der Stadt, die Möglichkeiten, das entscheidende städtische, politische Korrekturinstrument auf dem Wohnungsmarkt zu sein, sind aber eingeschränkt. Durch ihre Rechtsform als „gewöhnliche“ GmbH, ist sie seit langem nicht mehr der Gemeinnützigkeit, sondern der Gewinnerzielung verpflichtet und somit an die Bedingungen des Finanzmarkts angelehnt.

Gemeindewohnungsbau: „Wien, Du hast es besser!“*

Deshalb muss die Stadt zusätzlich selbst, als Bauherr und Vermieter von Wohnungen wie in Wien mit sozialen Mieten dem unsozialen Wohnungsbau der Immobilien-konzerne Grenzen setzen. In diesem dritten Schritt – oder sollte es nicht der erste sein? – muss die Stadt künftig ihre wohnungspolitischen Aktivitäten und Ressourcen auf die Entwicklung eines städtischen Gemeindewohnungsbaus konzentrieren. Der gängige Einwand, die Stadt habe dafür weder Personal noch die nötige Kompetenz greift zu kurz und erinnert an die Einwände der EnBW gegen die Rekommunalisierung der Wasser- und Energieversorgung. Personal und Kompetenz für eine städtische Gemeinde-Wohnungsbau-Wende kann (und muss!) wieder aufgebaut werden. Das ist genauso wenig wirklichkeitsfremde Utopie wie das Projekt „Urbanisierung der Energiewende“ mit eigenen Stadtwerken. Städtischer Gemeindewohnungsbau könnte im Übrigen auch den bezahlbaren Raum bieten für selbstbestimmte gemeinschaftliche Wohnformen, die es unter den heutigen (Markt-)Bedingungen so schwer haben. Zudem könnte man, mit Einbeziehung der Bürger_innen, auch qualitätsvolles, kleinteiliges Bauen gewährleisten, statt steriler Investorenarchitektur von der

Stange, mit der der „Markt“ die Stadt überzieht. Wir haben im Gemeinderat dazu folgende Schritte beantragt:

- 1 Grundstücke und Immobilien der Stadt und ihrer Betriebe werden grundsätzlich nicht mehr verkauft, allenfalls in Erbpacht vergeben. Die Stadt gründet einen Kommunalen Bodenfonds, für den sukzessive Flächen und Immobilien gekauft werden. Die im Haushalt für die Jahre 2016/17 für Ankäufe eingeplanten Mittel in Höhe von 10,8 Millionen Euro pro Jahr werden auf 25 Millionen pro Jahr erhöht.
- 2 Die Stadt beginnt ab dem Jahr 2016 mit dem Bau von jährlich 1.000 städtischen Gemeindewohnungen auf stadteigenen und gegebenenfalls neu zu kaufenden Flächen. Dafür werden für die Jahre 2016/17 jeweils 125 Millionen Euro bereitgestellt.

Ein sozialer, qualitätsvoller Gemeindewohnungsbau ist keine Utopie von angeblichen Sozialromantiker_innen. Die Großstadt Wien praktiziert ihn seit vielen Jahrzehnten. Der städtische Wohnfonds Wien ist der größte Grundbesitzer der Stadt. 220.000

Wiener_innen wohnen in von der Stadt gebauten und verwalteten preiswerten Gemeindewohnungen.

Bündnis für Wohnen = Bündnis für Investoren?

In Stuttgart ticken die Uhren noch anders, im Gemeinderat gibt es für einen städtischen Wohnungsfonds nach Wiener Vorbild bisher keine Unterstützung. Und der Ausverkauf des Tafelsilbers, den letzten größeren städtischen Arealen an Investoren und Immobilienunternehmen, geht weiter. Der Leitgedanke in OB Kuhns Bündnis für Wohnen ist, mit Fördermitteln von Stadt und Land für Investoren die „Rendite-Lücke“ zu schließen, wenn sie bereit sind, auch einige mietpreisgebundene Wohnungen bauen. Aber Bauträger kaufen und entwickeln diese Areale für die Zeit nach einer zeitlich befristeten Mietpreis-Bindung. Mit öffentlichem Geld für Investoren sollen so bezahlbare Mieten für eine beschränkte Zeit erkaufte werden. Nach Ablauf dieser Zeit wiederholt sich das Spiel.

Öffentliches Geld in ein Gemeindewohnungsbauprogramm auf eigenem Grund zu investieren ist bürgernah, billiger, sinnvoller und sozialer. Das wären Investitionen in die Zukunft, die sich über spätestens 30 Jahre refinanzieren und sie stehen in den Büchern der Stadt nicht als Schulden, sondern als wertige Immobilien auf der Haben-Seite.

So sähen wirksame Schritte zum dringend nötigen Kurswechsel in der städtischen Wohnungspolitik aus. Um das dafür nötige Umdenken zu beschleunigen, brauchen wir in Stuttgart ein anderes Bündnis für Wohnen als das des OBs: Wenn sich alle zusammen tun und laut werden, die eine soziale Stadtentwicklung wollen, von Mieterinitiativen über Recht-auf-Stadt-Bewegungen, Student_innen, Initiativen für gemeinschaftliche Wohnformen für Jung und Alt bis zu Mietgemeinschaften, dann kann die Kraft dafür entstehen.

**„Wien, Du hast es besser!“ titelte das WirtschaftsMagazin brand 1 (10/2015).*

von Stefan Urvat

Offene WLANs: die deutschen Schiffschaukel-Bremser



Stefan Urvat

Stadtrat
Piratenpartei

Anders als in vielen anderen Ländern sind offene WLANs in Deutschland bisher eine Seltenheit. Offen heißt in dem Fall: dass man sich ohne Registrierung oder Vorschaltseite mit dem WLAN verbinden kann. Der Grund ist die deutsche Besonderheit der Störerhaftung, die manchmal an das Prinzip Sippenhaft erinnert. Jeder Betreiber eines offenen WLANs kann für alles

haftbar gemacht werden, was über diese Verbindung läuft. Diese Rechtslage nutzen Rechteinhaber z. B. von Urheberrechten, aber auch die Polizei bei strafrechtlichen Vorwürfen, aus. Logischerweise wollte kein Betreiber dieses Risiko eingehen, was dazu führte, dass es so gut wie keine offenen WLANs in Deutschland gab.

Jetzt kam Bewegung in die Haftungsfrage: im ersten Schritt stufte der Europäische Generalanwalt, der eher als eine Art juristischer Gutachter fungiert, die deutsche Störerhaftung als europarechtswidrig ein. Der Europäische Gerichtshof folgte dem Gutachten in den wesentlichen Punkten. Daraufhin hat die Bundesregierung jetzt einen Gesetzentwurf eingebracht, der vordergründig die Abschaffung der Störerhaftung für WLANs beinhaltet.

Leider konnte sich die Koalition, die immer ein offenes Ohr für die Urheberrechtslobby hat, nicht aufraffen, dies völlig unmissverständlich in den Gesetzentwurf zu schreiben. Es steht so klar aber nur in der nicht rechtsverbindlichen Begründung. Dass noch kein Urteil aus Brüssel vorliegt, ist nur eine lahme Ausrede. Es ist klar, dass sie den Urheberrechtsverwertern durch diese - weiter aufrecht erhaltene - Rechts-

unsicherheit ein Hintertürchen für Klagen offenhalten wollen. Diese Lobby ist der Auffassung, sie hätte eine (un-)geschriebene Lizenz zum Gelddrucken, egal wie sehr die eigentlichen Urheber und Verbraucher darunter leiden.

Und selbst wenn die EU jede Störerhaftung noch kategorisch ausschließt und damit diese Lücke indirekt schließt, besteht ein Problem weiterhin: Staatsanwaltschaft und Polizei können jederzeit Hausdurchsuchungen anordnen und durchführen, wenn über ein solches WLAN (vermeintlich) strafrechtlich relevante Handlungen vorgenommen werden. Dies erfolgt leider fast immer im rechtsmissbräuchlichen Übermaß, denn fast allen Klagen auf Rechtswidrigkeit wird hinterher stattgegeben. Daher kann man allen nur weiterhin empfehlen, bei Freifunk mit Verschlüsselung und Drittstaatsservern zu arbeiten, um sich vor solchen Übergriffen von Staatsanwaltschaften und der Polizei zu schützen. Den Versuchen der völlig skrupellosen Urheberrechtslobby muss der Gesetzgeber endlich wirksam entgegengetreten, weiterhin absurde Abmahnungen in unverhältnismäßiger Höhe zu erwirken.



von Christoph Ozasek

Geld stinkt – noch



Christoph Ozasek

Stadtrat
DIE LINKE

Steuergeld sozial, ökologisch und ethisch korrekt investieren: Wir fordern eine Reform der städtischen Anlagerichtlinien.

Seit der Finanzkrise im Jahr 2008 werden Geschäftspraktiken von Banken zunehmend hinterfragt. Wo wird das Geld investiert? Diese Frage stellt sich zunehmend auch bei öffentlichem Vermögen. Die Debatte wird unter dem Stichwort Divestment geführt. Was ist das genau? Übertragen auf die Finanzen der Stadt Stuttgart bedeutet Divestment:

Raus aus fossilen Energien und der Atomkraft den Stecker ziehen!

Geschäftsmodelle, die Profit aus der Produktion von Militärwaffen und Munition erzielen, werden nicht mit öffentlichem Geld unterstützt. Steuergeld darf nicht mehr dort angelegt werden, wo der Entwicklung von gentechnisch veränderten Pflanzen der Weg bereitet wird oder Tierversuche stattfinden. Spekulationsgewinne aus Nahrungsmitteln oder die Ausschachtung von Mietwohnungsbeständen dürfen ebenfalls nicht mit städtischem Kapital erzielt werden.

Positiv formuliert ist Divestment ein ethisch korrektes, sozial und ökologisch nachhaltiges Anlagemodell.

Dieses Ziel hat SÖS-LINKE-PluS in einem gemeinsamen Antrag mit den Grünen formuliert und setzt damit einen Impuls aus der weltweiten Divestment-Bewegung in praktische Kommunalpolitik um. Der Leitspruch der weltweiten Klimaschutzbewegung lautet: „Wenn es falsch ist, das Klima zu zerstören, dann ist es falsch, von dieser Zerstörung zu profitieren“. Die Aktivisten führen Aktionen wie Blockaden in Braunkohleabbaugebieten durch oder stellen kritische Fragen auf Aktionärsversammlungen von Banken und Konzernen. Mit gezielten Kampagnen wird auf institutionelle Geldanleger Druck aufgebaut, um eine vollständige Dekarbonisierung aller Investments zum Schutz der Biosphäre zu vollziehen. Dekarbonisierung bedeutet den endgültigen Ausstieg aus Öl, Kohle und Erdgas anzupacken und damit Verantwortung für den Klimaschutz zu übernehmen.

Diesem Druck der Umweltschutzbewegung haben bereits viele Versicherer, Staats- und Pensionsfonds aber auch Kommunen nachgegeben. Gerade die Städte und Gemeinden können mit ihren Geldvermögen einen wirkungsvollen Hebel ansetzen, um Druck auf die Finanzmarktakteure aufzubauen.

Nach dem Klimagipfel in Paris lässt sich der Fakt nicht mehr wegdiskutieren, dass die Menschheit am Scheideweg steht: entweder wir schaffen schnell den Übergang in die postfossile Ära oder wir setzen uns der Gefahr eines unkontrollierten Klimawandels aus. Letzterer zerstört die natürlichen Lebensgrundlagen und bedroht die Menschheit existenziell.

Mit dem Antrag „DIVEST NOW!“ unterstreicht unsere Fraktionsgemeinschaft, dass konsequenter Klimaschutz der Ausgangspunkt einer solidarischen und nachhaltigen Stadtpolitik ist. Denn Stuttgart ist nicht nur der zweitbedeutendste Börsenplatz Deutschlands, sondern auch eine wohlhabende Kommune. Über eine Milliarde Euro an Steuergeldern sind aktuell in Staatsanleihen, Pfandbriefen, Unternehmensanleihen und Aktien gebunden. Aber wie arbeitet dieses Geld tatsächlich? Zu dieser Frage hüllt sich die Stadtverwaltung seit Jahren in Schweigen. Bis zu den Sommerferien will die Kämmerei den Schleier lüften und dem Gemeinderat Vorschläge unterbreiten, wie sich Divestment in den städtischen Anlagerichtlinien umsetzen lässt. Wir sind gespannt auf die Debatte und wie sich die Fraktionen im Stadtrat positionieren. Klimaschutz ist für SÖS-LINKE-PluS nicht verhandelbar.



Pazifismus: Forderungen nach dem Abzug des US-Militärs aus dem Stuttgarter Raum



Forderung: Stuttgart soll ohne fossile Brennstoffe auskommen

Neu im Gemeinderat: Luigi Pantisano (SÖS)



Luigi Pantisano

Stadtrat
Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS)

Bei der Kommunalwahl 2014 habe ich den direkten Einzug in den Stuttgarter Gemeinderat leider verpasst, freue mich aber nun um so mehr als Nachfolger von Stadtrat Gangolf Stocker für die nächsten drei Jahre in den Stadtrat nachzurücken.

Geboren bin ich 1979 in Waiblingen als Sohn italienischer Eltern. Die Stadt Stuttgart und Deutschland sind meine Heimat. Seit 2012 bin ich verheiratet und lebe mit meiner

Frau und unserem Kind im Stuttgarter Westen.

Über den zweiten Bildungsweg habe ich Architektur und Stadtplanung in Stuttgart und Tokyo studiert. Als Stadtplaner ist es mir wichtig städtebauliche und soziale Projekte stets unter Beteiligung der Bürger_innen zu planen und umzusetzen.

Migration und Vielfalt in der Stadt sind Schwerpunkte meiner Arbeit als Stadtplaner.

Von Februar 2015 bis April 2016 habe ich als politischer Geschäftsführer der Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS gearbeitet. Davor habe ich als Akademischer Mitarbeiter am Städtebau-Institut der Universität Stuttgart gearbeitet.

Mein Engagement gilt der Gestaltung einer solidarischen und sozialen Stadt, in der sich Vielfalt frei entfalten kann und Rassismus keine Chance hat.

Wir sind alle Stuttgarter_innen – unabhängig von Herkunft, sexueller Orientierung und sozialem Status.

Politisch und gesellschaftlich engagiere ich mich seit 1999 in Jugendinitiativen, kommunalen Agenda-Gruppen, Antirassismus Projekten und ich bin seit Beginn aktiv in

der Stuttgarter Bewegung für den Erhalt des Kopfbahnhofs.

Seit 2008 bin ich aktiv beim Parteifreien Bündnis Stuttgart Ökologisch Sozial – SÖS. Mein Mandat werde ich nutzen um entschlossen für eine echte Bürgerbeteiligung aller Stuttgarter_innen an den Planungs- und Entscheidungsprozessen zu kämpfen.

Mir liegt als Stadtplaner eine behutsame Weiterentwicklung und die ökologische Modernisierung unserer Stadt am Herzen.

Die Entwicklung unserer Stadt darf nicht allein den Interessen von Investoren dienen, sondern muss Freiräume für Kultur und Natur schaffen und erhalten. Gemeinsam müssen wir unser Wohnumfeld, den Verkehr, die Energie- und Wasserversorgung so gestalten, dass wir Ressourcen sparen und allen Menschen eine gerechte Teilhabe an unserer Gesellschaft ermöglichen.

Kontakt:

luigi.pantisano@stuttgart.de

Mehr Infos unter:

soeslinkeplus.de/fraktiongemeinschaft/luigi-pantisano-soes/



Architektonisch bedeutsam: Luigi Pantisano setzt sich gegen den Abriss der erst 1997 fertiggestellten, ehemaligen EnBW-Zentrale ein.



Ausländeramt geschlossen: Gegen Abschiebungen und für einen menschlichen Umgang mit Flüchtlingen ist Luigi Pantisano aktiv.

von Hannes Rockenbauch

Echte Demokratie auf der Bürgermeisterbank



Hannes Rockenbauch

Stadtrat
Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS)

Bürgermeister bewegen sich im Spannungsfeld zwischen dem Oberbürgermeister, dem sie unterstellt sind und dem Gemeinderat, von dem sie gewählt werden und dessen Beschlüsse sie umsetzen müssen. Sie werden auf acht Jahre gewählt. Die sieben Stuttgarter Bürgermeister oder Amtsdeutsch „Beigeordnete“ sollen ein Spiegelbild der Sitzverteilung im Gemeinderat sein. Umstritten ist immer wieder, welche Parteien oder Fraktionen wie viele Bürgermeister stellen dürfen. Unser Verständnis ist, dass sich der Wählerwille nicht nur im Gemeinderat sondern auch in der Sitzverteilung der Bürgermeisterposten spiegeln muss. Die anderen Parteien haben ihre Ansprüche bereits durchgesetzt. Die CDU ist mit drei von sieben Bürgermeistern, gemessen an der Zahl ihrer Sitze im Rat, sogar überrepräsentiert. Zudem vereint der Erste Bürgermeister eine große Machtfülle in seinem Ressort. So sitzt er z. B. sieben

Aufsichtsräten städtischer Unternehmen und Beteiligungen vor. Dies lässt sich mit 17 von 60 Sitzen im Gemeinderat nicht ausreichend legitimieren. Die Grünen stellen zwei Bürgermeister und verfügen über 14 Sitze im Stadtrat. Die SPD hat einen Beigeordneten, der den Willen von neun Stadträten repräsentiert. FDP und Freie Wähler haben gemeinsam mit ihren zusammen acht Stadträten einen Bürgermeisterposten besetzt.

SÖS LINKE PluS hat bei der letzten Gemeinderatswahl über 13 Prozent der Stimmen bekommen und stellt mit acht Stadträten die viertgrößte Fraktion. SÖS und LINKE praktizieren ein langfristiges politisches Projekt. Sie arbeiten schon seit der Wahl im Jahr 2009 in Fraktionsstärke zusammen. Bei der letzten Stadtrats-Wahl haben wir an Zuspruch durch die Wählerinnen noch gewonnen. Auf Basis dieses Wählerwillens, der sich nach der Gemeindeordnung in der Besetzung der Bürgermeisterbank widerspiegeln soll, fordern wir unser Vorschlagsrecht ein. Dabei haben wir einen inhaltlich begründeten Vorschlag für die Nachfolge der bisherigen Schul- und Kulturbürgermeisterin Susanne Eisenmann gemacht.

Im Vordergrund stand zunächst, eine sinnvolle Neuordnung der Zuständigkeiten:

Es ist nicht zu vermitteln, warum der Verwaltungsbürgermeister auch für die städtischen Krankenhäuser zuständig ist. Ebenso wenig leuchtet ein, warum das Jobcenter beim Finanz- und Wirtschaftsbürgermeister angesiedelt ist. Im Zuge unserer Überlegungen, wie sich die Zuständigkeiten sinnvoll ordnen lassen, haben wir dem Oberbürgermeister einen Vorschlag unterbreitet: der neu zu besetzende Bürgermeisterposten könnte für folgende

Politikfelder zuständig sein: Integration, Vielfalt, Soziales sowie Arbeit oder Kultur. Das würde eine notwendige Aufwertung des Themas Integration bedeuten.

In Stuttgart hat die Hälfte der Einwohner eine Einwanderungsgeschichte, in den letzten Monaten und Jahren sind viele Flüchtlinge zu uns gekommen. Aber auch abseits davon sollten wir das Thema Integration nicht nur an Nationalität oder Einwanderungsgeschichte festmachen. Unser Kandidat Gari Pavkovic betont, dass Integrationspolitik auch gegen die soziale Spaltung zwischen Bewohnern der Halbhöhenlage und Problemvierteln angehen muss, nicht zuletzt um der Herausforderung des Rechtspopulismus wirksam entgegenzutreten zu können.

Gari Pavkovic ist seit 15 Jahren Integrationsbeauftragter der Stadt. Seit einem viertel Jahrhundert arbeitet der Diplom-Psychologe bei der Stadt und ist über Partei-, Stadt- und Landesgrenzen hinaus ein unbestrittener Fachmann auf dem Gebiet der Integration. Die ZEIT nannte ihn „Deutschlands erfolgreichsten Integrationsbeauftragten“, die zahlreichen Auszeichnungen unter anderem durch die Bundesregierung, das Innenministerium, die UNESCO und die Bertelsmann-Stiftung drücken die Wertschätzung für Pavkovics Arbeit aus.

Wenn Oberbürgermeister Fritz Kuhn sich also entscheidet, ein solches Ressort zu schaffen, ist der parteilose Pavkovic der ideale Kandidat.

Damit setzen wir ein doppeltes Signal: Einerseits muss es um Inhalte zum Wohle der Stadt gehen, zum anderen sollen Meister ihres Fachs die wichtigen Posten besetzen – und keine parteigebundenen Versorgungsfälle infolge verlorener Wahlen.



Seit 15 Jahren Integrationsbeauftragter der Stadt Stuttgart: Gari Pavkovic



Unumstrittene Fachkompetenz: Gari Pavkovic (2.v.R) beim Pressegespräch als möglicher Kandidat für ein Bürgermeisteramt

Ein Gastbeitrag von Jürgen Klaffke

Satire zur geheimen Evaluierung des Bürgerhaushalts

Das Geheimnis des Herrn W., Bürgermeister

Bürgerhaushalt, immer dieser Bürgerhaushalt. Immer diese quälenden Fragen. Einschlafen lassen, als Spielwiese für engagierte Bürger und Bürgerinnen gestalten? Wenn da nicht diese Forderungen wären nach wirklicher Beteiligung mit eigenem Haushalt sogar! Ihm, dem Herrn W., schauderte es. Das mit der echten Mitbestimmung musste verhindert werden, auf jeden Fall. Aber wie ist die Stimmungslage wirklich?

Und dann der Arbeitskreis Bürgerhaushalt: reicht man denen den kleinen Finger, wollen die gleich die ganze Hand!

Und da hatte er eine Idee, der Herr W.: Ja, so würde er es machen! Wir machen eine Evaluierung*! (nur so nebenher: Klingt gut, keiner weiß so genau, was das wirklich ist, und dem Arbeitskreis kann man das als Fragebogenaktion verkaufen.)

Also dem Arbeitskreis erst mal die Fragewut austreiben, dann das Ganze – ja wem – anbieten? Herr W. geriet in Höchstform: Natürlich. Seine nächste Idee. Die Bezirksbeiräte werden befragt! Aber nach seiner Methode, nicht öffentlich, ganz geheim. Und er legt die Regeln fest: Nichtöffentlicher Sitzungsteil der Bezirksbeiräte – sonst ist das ja nicht geheim! Die von Herrn W. genehmigten Fragen des Fragebogens des AK Bürgerhaushalt sind der „Leitfaden“ – der Arbeitskreis sollte ihm dankbar sein!

Alles an ihn zurück – ganz raffiniert als „kurze Zusammenfassung“ – von was? Ach ja: der „Gesprächsergebnisse im Rahmen des Sitzungsprotokolls“.

Ja, Herr W. war nun zufrieden. Klar, es hätten die Bürger selbst gefragt werden können, es hätten die Bezirksbeiräte in

öffentlicher Sitzung darüber diskutieren können, es hätte ... – ja aber dann hätte Herr W. ja alles transparent machen müssen, Ergebnisse teilen müssen, wäre nicht mehr Herr des Geschehens gewesen. Und das als Bürgermeister von Stuttgart!

P.S.: Es besteht Hoffnung. Bisher haben zwei Bezirksbeiräte die „Evaluation“ des Bürgerhaushalts auf ihre nächste Sitzung in den öffentlichen Teil gesetzt und mindestens fünf haben das Verfahren gerügt und zum Teil ihre Stellungnahme verweigert. Weitere Bezirksbeiräte werden bestimmt folgen.

**Evaluierung ist eigentlich: Bewertung von Prozessen, trifft aber keineswegs auf eine einfache Fragebogenaktion zu.*



von der Redaktion

Interview mit Jürgen Resch, Geschäftsführer der deutschen Umwelthilfe



Seit Jahrzehnten unermüdlich in Sachen Umweltschutz unterwegs:
der Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe, Jürgen Resch

Jürgen Resch, geboren in Plochingen ist seit 1986 Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe. Die Affäre um Manipulationen an Dieselmotoren („Dieselgate“) ist der bislang größte der Umwelthilfe. „Es ist ein irrer Druck im Moment“, sagte der 56-Jährige über die aktuelle Situation. Daimler forderte im Zusammenhang mit der mangelhaften Abgasreinigung der Dieselmotoren etwa, dass die Umwelthilfe das Wort „Abschalteinrichtung“ nicht mehr in den Mund nehmen dürfe – vergeblich, ein Gericht gab den Umweltschützern Recht. Im Interview erklärt der Umweltexperte die Auswirkungen von gesundheitsgefährdendem Feinstaub und Stickoxyden in Stuttgart.

In den letzten Wochen hat der Diesel-Skandal weitere Kreise gezogen: mittlerweile steht nicht nur der VW-Konzern im Kreuzfeuer der Kritik, sondern auch Hersteller wie Opel, Mercedes und General Motors. Ist der Dieselantrieb noch zu retten?

Ehrlich gesagt habe ich meine Zweifel. Die Autohersteller haben über acht Jahre hinweg systematisch ihre Kunden betrogen und beim Dieselabgasgift Stickstoffdioxid (NOx) die Grenzwerte nur unter Prüfbedingungen eingehalten. Technisch ist es zwar möglich, saubere Dieselantriebe zu konstruieren, die Hersteller scheuen aber die Mehrkosten. Im Ergebnis wird es also weiterhin entweder günstige Betrugsdiesel geben, von denen sich der Verbraucher zunehmend abwenden wird. Oder es werden wirklich saubere Diesel angeboten, die

dann aber im Vergleich zu Erdgas- oder Benzinhybridantrieben zu teuer ausfallen.

Wie lässt sich der Unterschied zwischen einer eingeschalteten und einer abgeschalteten Abgasreinigung veranschaulichen?

Ein Indiz dafür, ob die Abgasreinigung eingeschaltet oder ausgeschaltet ist, sind die stark erhöhten Stickoxid-Emissionen, die der Diesel-Pkw in bestimmten Fahrsituationen ausstößt. In unzähligen Tests haben wir nur bei bestimmten Prüfsituationen im Labor eine ordnungsgemäß funktionierende Abgasreinigung festgestellt. Bei unseren Straßenmessungen schnellten bei nahezu allen getesteten Diesel-Pkw die realen NOx-Emissionen jedoch um 500 bis 1.000 Prozent in die Höhe – das heißt eine oder mehrere Abschalteinrichtungen sind aktiviert. Eine Software sorgt dafür, dass das Fahrzeug erkennt, ob es sich auf dem Prüfstand befindet und damit die Abgasreinigung aktiviert werden muss.

Welche Auswirkungen hätte es auf die Stuttgarter Luft, wenn tatsächlich nur saubere Dieselfahrzeuge durch den Kessel fahren würden?

Würden alle Dieselfahrzeuge in der Stuttgarter Innenstadt gesetzekonform die Grenzwerte auf der Straße einhalten, gäbe es keine Grenzwertüberschreitungen, weniger Todesfälle durch Stickstoffdioxid und vor allem jährlich viele hundert vermiedene Erkrankungen von Kindern und Personen mit vorgeschädigtem Herz-/Lungensystem.

Welchen Anteil am Stuttgarter Feinstaubproblem ist auf die Verbrennungsmotoren der Fahrzeuge zurückzuführen?

Beim Feinstaub ist der Anteil der Fahrzeuge durch die mittlerweile weit verbreiteten Partikelfilter auf deutlich unter 50 Prozent zurückgegangen. Allerdings gibt es immer noch diverse Busse, Nutzfahrzeuge, Pkw und Baumaschinen, die ohne Rußpartikelfilter betrieben werden. Ihre Partikelemissionen sind um den Faktor 100 bis 1.000-Mal höher, als vergleichbare Fahrzeuge mit geregelter Partikelfilter.

Wie groß ist der Unterschied zwischen einem modernen Diesel- und einem Benzinmotor was Feinstaub und gesundheits-schädliche Stickoxyde angeht?

Moderne Benzinmotoren haben auf der Straße im Durchschnitt 10 bis 20-mal geringere NOx-Emissionen als Diesel-Pkw. Bei den Partikeln besteht durch die seit Euro 5 obligatorischen Partikelfilter Gleichstand. Allerdings bereiten uns die Benzin-Direkteinspritzer zunehmend Sorgen, da diese relativ hohe Partikel- wie NOx-Emissionen aufweisen. Leider hat die Politik diesen Fahrzeugen ein Verschmutzungsprivileg bis Ende 2017 erteilt, sie dürfen zehnmal so viele Rußpartikel emittieren, als Dieselmotoren.

Kommt Stuttgart um Fahrverbote herum, will man die Grenzwerte für Feinstaub künftig einhalten?

Nein. Stuttgart muss natürlich Fahrverbote verfügen, dass weiß auch



Kämpferisch: Jürgen Resch auf der Montagsdemo am 2. Mai

Oberbürgermeister Fritz Kuhn sehr genau. Leider kuschen auch die grünen Spitzenpolitiker vor den Automobilkonzernen und versuchen, die zum Schutz der Bürger unumgänglichen Fahrverbote so lange wie möglich hinauszuzögern.

Angenommen Sie hätten das Sagen in Stuttgart: welche Maßnahmen würden Sie umsetzen, um die Luftqualität in der Landeshauptstadt zu verbessern?

Baustopp Stuttgart 21, Verbesserung des ÖPNV, Umstellung der Taxiflotte bis 2018 auf 100 % Umwelttaxis (Erdgas, Elektro- oder Benzin-Hybrid) und Nachrüstung aller Busse mit SCR-Katalysatoren. Schließlich die Einführung einer City-Maut mit symbolisch niedrigen Beträgen für saubere Antriebe und hohe Mautgebühren für Diesel-Fahrzeuge.

Mit Ihren Recherchen über Manipulationen an Dieselfahrzeugen geht die Deutsche Umwelthilfe und auch Sie persönlich ein hohes finanzielles Risiko ein. Die Autohersteller beauftragen mehrere Kanzleien, die Sie verklagen. Wie gehen Sie damit um?

Wir erleben derzeit nicht zum ersten Mal eine von der Industrie gesteuerte Diffamierungskampagne gegen die DUH. Es ist wichtig, keine Fehler zu machen und den Autobauern somit keine Angriffspunkte für erfolgreiche Klagen gegen uns zu bieten. Und bisher ist diese Strategie auch aufgegangen, wir haben jede Auseinandersetzung vor Gericht für uns entschieden.

Lässt Sie das kalt?

Nein, das geht schon unter die Haut. In meinen 34 Berufsjahren habe ich bisher eine derart massive Diffamierungskampagne

noch nicht erlebt, die dann in vermeintlich seriösen Medien 1:1 einen Niederschlag finden. Es ist interessant zu sehen, welche Medien eher den Anzeigenblättern zuzuordnen sind.

Ihre Messungen und Untersuchungen kosten eine Menge Geld: wie viel haben Sie bereits ausgegeben und wie viel benötigen Sie noch, um Ihre Arbeit zu Ende zu bringen?

Wir haben seit September 2015 über 400.000 € für unsere Untersuchungen und juristischen Verfahren ausgegeben, ungefähr dieselbe Summe benötigen wir in den kommenden 9 - 12 Monaten. Wir freuen uns über jede Spende.

Christopher Street Day (CSD) Grußwort von Gregor Gysi



Liebe Freundinnen und Freunde, so herzlich wie möglich grüße ich euch zu eurem Kampftag, der zugleich ein Feiertag für euch, für uns, für alle ist. Über Jahrtausende wurden schwule Männer verfolgt, bis hin zur Todesstrafe und lesbische Frauen zumindest schlimm verachtet. Viele Generationen vor euch haben sich verleugnet, die Demütigungen hingenommen, sind häufig ihrer Bestrafung nicht entgangen. Erstmalig leisteten die Menschen beim Stonewall-Aufstand in der Christopher Street in New York am 28. Juni 1969 Widerstand, forderten endlich ihre Gleichberechtigung. Zu wenig Frauen und Männer, die das gleichgeschlechtliche Liebesbedürfnis nicht selbst erlebten, haben euch unterstützt. Sie haben nicht begriffen, dass Unfreiheit für andere auch Unfreiheit für sie bedeutet. Inzwischen ist in einigen Ländern, darunter auch in Deutschland, viel erreicht worden. Es fehlen noch ein vollständiges Recht auf Adoption, das Recht zur Eheschließung und eine Entschädigung derjenigen, deren Menschenrecht auf sexuelle Freiheit durch Inhaftierung verletzt wurde.

An diese Forderungen geknüpft sind auch eine Gleichstellung auf anderen Gebieten, zum Beispiel dem Erb- und Steuerrecht. Die Menschheit rückt zusammen und die Probleme in anderen Ländern werden auch unsere Probleme. Es gibt Länder, in denen Homosexualität nach wie vor verboten ist, mit Gefängnis oder sogar mit dem Tode bestraft wird.

Und selbst in unserem fortgeschrittenen Land wird das Recht auf körperliche Unversehrtheit bei vielen Kindern ohne eindeutige Geschlechtsmerkmale verletzt. Selbst bei uns gilt noch ein hoffnungslos veraltetes Transsexuellengesetz, das den Schritt zur Geschlechtsangleichung behindert.

Gerade für diese Teile der LSBTTIQ-Community finde ich euer Motto **OPERATION SICHTBARKEIT** perfekt.

Bei einer offen artikulierten Ideologie der Ungleichwertigkeit muss endlich deutlicher und lautstärker widersprochen werden. Wenn wir erleben, wie die AfD jetzt gegen Flüchtlinge hetzt, wird doch klar, dass der so genannte Minderheitenschutz immer ein wichtiges Anliegen sein muss, egal, ob es um gleichgeschlechtlich Liebende, Asylsuchende oder andere Minderheiten geht. Wenn man beim Asylrecht fragt, welche Staaten sichere Drittstaaten sind, müsste zwingend geregelt sein, dass auch der Umgang mit Minderheiten zu prüfen ist. Wird eine Minderheit verfolgt oder gar bestraft, darf ein solches Land niemals als ein sicherer Drittstaat eingeordnet werden.

Der Kampf für Gleichstellung muss in Stuttgart, in Deutschland und für alle Menschen weltweit geführt werden.

Deshalb ist eure Begegnung so wichtig. Wir zusammen müssen dieser Forderung nach Gleichstellung eine Stimme geben. Aber wir müssen auch beweisen, dass wir das Erreichte – das uns noch nicht genügt –, auch feiern können. Ich freue mich, dieses Jahr als euer Schirmherr mit euch zusammen sichtbar zu sein. Beim CSD und darüber hinaus. Euer Gregor Gysi

Termine:

- **22. Juli:** Eröffnungsgala CSD im Varieté
- **30. Juli:** CSD-Polit-Parade und Kundgebung auf dem Schlossplatz
- **30./31. Juli:** CSD Hocketse auf Markt-/Schillerplatz

<http://www.csd-stuttgart.de>

Als Schirmherr des Festivals wird Gregor Gysi am CSD-Empfang am 15. Juli 2016 im Stuttgarter Rathaus ein persönliches Grußwort sprechen.

von Luigi Pantisano

Experten erklären neue rechte Bewegungen



Luigi Pantisano

Stadtrat
Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS)

Als Kind eines konservativen Haushalts ist Liane Bednarz über jeden Zweifel erhaben, linke Politik zu propagieren: „Ich habe in meinem Leben noch nie etwas anderes gewählt als CDU oder FDP“, so die bekennende Konservative. Umso eindrücklicher hat die Juristin und Publizistin im Rathaus volles Haus bei ihrem Vortrag: 150 Zuhörer lauschen Liane Bednarz Ausführungen.

Sie zeigte die Hintergründe und Strippenzieher der neuen rechten Bewegungen systematisch auf.

Bednarz fiel ab dem Jahr 2013 auf, dass rechte Rhetorik in den sozialen Medien eine Renaissance erfahren hat: „Das begann mit Hetze gegen Claudia Roth, die Bundeskanzlerin, die GEZ und steigerte sich dann zu Begriffen wie Lügenpresse“, so die Publizistin.

Ein Vordenker dieser neuen rechten Bewegung ist Götz Kubitschek.

Der Verleger propagiert eine rechte Ideologie und betont das anscheinend „Völkische“ und eine angebliche „nationale Identität“. Sein Wirkungskreis beschränkt sich aber nicht auf die Leser seiner Publikationen. Der AfD-Vorsitzende von Thüringen, Björn Höcke, bestätigt die „Nähe und Befruchtung zur AfD“. Somit wird erklärbar, wo Höcke sein biologisches Menschenbild aufgebaldet hat.

Bednarz sieht AfD und Pegida als Gravitationszentrum einer neuen rechten Bewegung.

„Viele AfD-Wähler würden jede Form von Radikalismus und Extremismus von sich weisen.“ Die Entscheidung für die Rechtspopulisten sei eine Mischung aus „Naivität, Aggressivität und Unzufriedenheit“, so Bednarz weiter. Die Unzufriedenheit über das nicht näher definierte Establishment und das Schüren der weit verbreiteten Ansicht über Politik wonach „die da oben sowieso machen was sie wollen“ bescherten den Rechtspopulisten Zulauf. Kennzeichnend für die neuen rechten Bewegungen sei eine ganz bestimmte Rhetorik: „mit Ausländer raus! würde die AfD die allermeisten Wähler vor den Kopf stoßen. Also formulieren sie es anders: die Kulturen sollen unter sich bleiben. In Konsequenz bedeutet dies, dass nach dieser Ansicht eine weltweite Apartheid angestrebt wird“, analysiert Bednarz die Sprache der AfD-Vertreter.

Expertin Liane Bednarz erklärt die Hintergründe neuer rechter Bewegungen. Die Radikalisierung der AfD beschreibt Bednarz am Beispiel von Höckes Äußerungen über „den fort-pflanzungswilligen afrikanischen Typ“. AfD-Chefin Frauke Petry war mit ihrem Versuch gescheitert, innerhalb des Parteivorstands eine Distanzierung von Höckes rassistischen Aussagen zu erwirken.

Ein weiteres Indiz für den Rechtsruck der AfD ist die jüngste Ankündigung, auf europäischer Ebene mit dem französischen Front National zusammenzuarbeiten.

In Baden-Württemberg trat die AfD im Wahlkampf zur Landtagswahl bürgerlicher auf. Bednarz betont aber: „Sechs der 14 Vorstände des Landesverbands der AfD haben die ‚Erfurter Erklärung‘ unterzeichnet.“ Diese betont, die AfD stehe „als Bewegung unseres Volkes gegen die Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte (Gender Mainstreaming, Multikulturalismus, Erziehungsbeliebigkeit usw.)“ sowie als „Widerstandsbewegung gegen

die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands“. Die Unterzeichner dieser Erklärung stellen sich somit offen gegen eine offene und tolerante Gesellschaft.

Gespannter Zuhörer und kämpferischer Redner an diesem Abend war auch Alfonso Pantisano.

Alfonso Pantisano hat in seiner Funktion als Sprecher der Initiative ENOUGH IS ENOUGH! OPEN YOUR MOUTH die Hintergründe der sogenannten „Demo für alle“ recherchiert. Dieser Name kommt von der französischen Bewegung, die sich gegen die Öffnung der Ehe für Homosexuelle in Frankreich formiert hatte. Zuvor hatte der französische Präsident François Hollande unter dem Stichwort „Ehe für alle“ die Öffnung der Ehe für Homosexuelle befürwortet. Die wichtigste Strippenzieherin hinter der „Demo für alle“, die sich gegen den Baden-Württembergischen Bildungsplan richtet und eine angebliche „Sexualisierung“ von Kindern und Jugendlichen fürchtet ist Vize-AfD-Chefin Beatrix von Storch. „Frau von Storch hat in einem



Experten: Alfonso Pantisano, Liane Bednarz, Luigi Pantisano

Interview ganz offen gesagt, dass sie die Demo für alle finanziert“, sagt Alfonso Pantisano. Er führte weiter aus: „Dies führte zu innerparteilichen Streitigkeiten. Die Zusammenarbeit zwischen AfD und ‚Demo für alle‘ endete offiziell kurze Zeit später. Es ist aber klar, dass Frau von Storch in diesem Bereich weiterhin aktiv ist“. „Nachdem die Bildungspläne verabschiedet sind, setzt sich die Gruppierung ein neues Ziel: den Kampf gegen die Eheöffnung für homosexuelle Paare. Seien Sie sicher: dagegen werden wir mobilisieren und Aufklärungsarbeit gegen diese homophobe Hetze betreiben!“, gab sich Alfonso Pantisano kämpferisch.

von der Redaktion

Was wurde eigentlich aus dem „bestgeplanten Projekt“?

Zur Planung gehört immer auch die Finanzierung: in der ursprünglichen Berechnung von Stuttgart 21 war dieses Projekt kostenneutral: Durch die Verkaufserlöse der Grundstücke auf den frei werdenden Gleisflächen würde der Tiefbahnhof bezahlt werden können. Dies war die erste in einer langen Reihe von Lügen. Die Kostensteigerungen der letzten Jahre lesen sich wie folgt:

- 2007 – 2,8 Milliarden Euro („Memorandum of understanding“)
- 2009 – 3,1 Milliarden Euro (Finanzierungsvereinbarung)
- 2011 – 4,5 Milliarden Euro galten als „Kostendeckel“ bei der Volksabstimmung. Jeder Euro mehr würde zum Abbruch des Projekts führen, von einer „Sollbruchstelle“ war offiziell die Rede.
- 2013 waren 6,5 Milliarden Euro bereits aktenkundig.

Ein ehemaliger S 21 Kritiker wird zum Bremsklotz

Ein Umstieg auf einen modernisierten Kopfbahnhof zu vertretbaren Kosten (1,8 Milliarden Euro) ist nach wie vor möglich. Und was sagt der grüne Verkehrsminister Winfried Hermann? „Da hat die Bevölkerung keinen Ausstieg beschlossen, und seitdem ist das für jeden in der Regierung Pflicht, das Projekt zu begleiten und zu befördern.“ Gemeint ist die Volksabstimmung aus dem Jahr 2011. Bekanntlich sind die Kosten schon kurz danach weit über den Kostendeckel hinausgeschossen, gebrochen ist aber nichts, was hätte brechen müssen. Da fragt man sich: Wieso fühlt sich der Verkehrsminister an ein Votum gebunden, dessen Grundlage schon längst über die Wupper gegangen ist? Zu den Mehrkosten hat Hermann ebenfalls eine klare Meinung: „Wir haben klipp und klar gesagt, wir können nicht mehr als die inzwischen weit mehr als 1,5 Milliarden Zuwendungen geben. Das muss der Bund, das muss die Bahn finanzieren, das ist bis heute nicht geschehen, man lässt uns im Regen stehen.“ Wir lernen: der ehemalige S21-Kritiker will um jeden Preis weiterbauen, aus der Landeskasse aber keinen Cent mehr beisteuern. Die Wirtschaftlichkeit geht mit jedem Euro Mehrkosten immer weiter zurück. Und nicht zuletzt: Ob Stadt, Land, Bund oder Bahn die Mehrkosten bezahlen; es sind alles Steuergelder, die in einem leistungsschwachen und unwirtschaftlichen Irrsinnprojekt verpläpbert

werden. Sogar die Medien gehen immer mehr auf Distanz zu dem Wahnsinn um Stuttgart 21, Bahnchef Rüdiger Grube wird mit Rücktrittsforderungen konfrontiert; es wird darüber spekuliert, ob S21 vor dem Finanzkollaps steht. Und was macht der grüne Stuttgart-21-Opponent, Winfried Hermann? Hält an einem Volksentscheid fest, dessen Grundlage schon längst hinfällig ist.

Hallo Grüne: Aufwachen und den neuen Realitäten ins Auge sehen: unter zehn Milliarden Euro wird das Projekt nicht zu realisieren sein.

Kostensteigerungen, Bauzeitverlängerung und Rücktritt

Jetzt hat die Bahn Neuigkeiten verkündet: der „Risikopuffer“ wird bis auf lächerliche 15 Millionen zusammenschmolzen. Damit nicht genug, der Eröffnungstermin wurde um weitere zwei Jahre auf das Jahr 2023 verschoben. Schuld seien verschleppte Baugenehmigungen und der Brandschutz. Die Bahn verschweigt, dass dies alles Folgen ihrer mangelhaften Planung sind. Die Verantwortung liegt beim Konzern und vielen willfähigen Politikern und Aufsehern! Ein erstes Bauopfer, sogar ein prominentes, hat die Bahn gefunden: der mit dem ewigen Lächeln gesegnete Technikvorstand Volker Kefer wird nicht weiter mit von der Partie sein. Offiziell wird ihm das Kommunikationsdesaster um S 21 zur Last gelegt, intern dürften wohl andere Gründe eine Rolle gespielt haben: Ende 2015 prognostizierte das renommierte Planungsbüro Viereggs + Rössler Gesamtkosten von zehn Milliarden Euro und zeigte, dass ein sofortiger Ausstieg noch günstiger wäre, als weiter zu bauen. In der Stuttgarter Zeitung wurde Anfang Juni sogar ein Aufsichtsrat zitiert: „2013 wäre ein Stopp des Projekts noch möglich gewesen, nun muss zu Ende gebaut werden.“ Wird jetzt nicht ein Baustopp und Umstieg eingeleitet, werden wir im Jahr 2018/19 im Zuge der nächsten Bestandsaufnahme lesen, dass 2016 ein Ausstieg noch machbar gewesen wäre?

Umwege, Verzögerungen bis mindestens zum Ende des Jahres 2023

Die BürgerInnen werden noch länger unter Baustellenlärm, Umwege bei Stadtbahnlinien, Verzögerungen im Zug- und

S-Bahn-Verkehr, Verkehrsstaus durch Baustellen und Fahrbahnverengungen mitsamt erhöhten Feinstaubwerten leiden.

Giftstoffe gefunden – wieso wird nicht systematisch untersucht?

Durch die Rohre des Grundwassermanagements wird noch länger rostiges Wasser eingeleitet. Um den Baufortschritt zu beschleunigen, plant die Bahn, mehrere Baugruben gleichzeitig zu betreiben. Dies war ihr bisher zum Schutz der Mineralwasserquellen untersagt und es darf keinesfalls genehmigt werden. Bereits jetzt besteht Gefahr für das Mineral- und Grundwasser durch S-21-Baustellen, die in der Nähe von verseuchtem Erdreich liegen. Am Abstellbahnhof – nahe der Baustelle an der Ehmann-Straße – liegt mit Bromacil belastetes Erdreich, ein seit 1990 verbotenes giftiges Pflanzenschutzmittel. Unsere Fraktion hat in einem aktuellen Antrag der Stadt detaillierte kritische Fragen gestellt über Zuständigkeit, Dokumentationspflicht, Beseitigung und Kostenübernahme für Altlastenfälle auf dem Gelände, das die Stadt 2001 von der Bahn gekauft hatte.



Bromacil-Fundstelle

Entwidmung der Gleise immer noch völlig offen

Es ist immer noch völlig offen, ob das Gleisgelände vollständig entwidmet wird, denn die Stuttgarter Netz AG will einen Teil des bisherigen Gleisgeländes und des Kopfbahnhofs weiter betreiben. Sie klagt daher gegen das Eisenbahnbundesamt bzw. den Bund, da erst ein Stilllegungsverfahren hätte eingeleitet werden müssen, bevor Baugenehmigungen für S21 ausgestellt werden. Angesichts dieser ungewissen Zukunft des Tunnelbahnhofs, ist eine Bürgerbeteiligung im „Forum Rosenstein“ z. B. über ökologische Wohnbebauung geradezu eine Farce.

Wir bleiben dran



CAP-Markt am Bismarckplatz

Ende Juni 2015 wurde das Vorhaben der Supermarktkette Aldi im Ausschuss für Umwelt und Technik vorgestellt: in der Augsburger Straße 380 in Untertürkheim wollte sich der Discounter ansiedeln. In unmittelbarer Nähe befindet sich ein CAP-Markt.

Das Geschäftsmodell dieser CAP-Märkte ist, neben einem Vollsortiment an Lebensmitteln vor allem auch die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung und Menschen, deren Zugang zum Arbeitsmarkt stark eingeschränkt ist.

Zudem bieten die CAP-Märkte an, die Einkäufe zu den Kunden nach Hause zu liefern – ein Angebot, auf welches viele, auch ältere Menschen zurückgreifen. Zudem wurde so eine Versorgungslücke geschlossen; in den Zentren von Ober- und Untertürkheim stellen die CAP-Märkte eine Nahversorgung sicher. Eine Ansiedlung von Aldi würde zu Umsatzrückgängen bei dem CAP-Markt von 15 bis 30 Prozent führen. Dies war Inhalt eines Gutachtens, was zunächst unter Verschluss gehalten wurde und erst unter öffentlichem Druck den Ausschüssen des Gemeinderats zugänglich gemacht wurde. Den CAP-Märkten war in der Ansiedlungsphase

zudem versprochen worden, vor übermächtiger Einzelhandels-Konkurrenz geschützt zu werden.

Ende Januar haben wir den ersten Antrag gestellt, dass die Ansiedlung von Aldi verhindert werden soll.

Vor allem in Unter- und Obertürkheim regte sich Widerspruch gegen die Aldi-Pläne, unser Bezirksbeirat für Untertürkheim, Christoph Hofrichter, engagierte sich enorm. Zu einer Versammlung am ersten Juni diesen Jahres kamen annähernd 300

Bürger_Innen, die einstimmig eine Resolution gegen die Aldi-Ansiedlung verabschiedeten. Höhepunkt war die Übergabe von fast 5.000 Unterschriften an den Oberbürgermeister Fritz Kuhn im Rathaus am 9. Juni, woraufhin in der Presse bereits über eine „Mehrheit für den Erhalt des CAP-Marktes“ gejubelt wurde. Mittlerweile ist aus den anderen Fraktionen zu hören, dass noch nichts entschieden sei. Wir bleiben jedenfalls dran – bis klar ist, dass die CAP-Märkte in Ober- wie Untertürkheim erhalten bleiben.



Das Ergebnis passt gerade noch in einen Ordner: Silvia Rienhardt ist Sprecherin der Bürgerinitiative

Fraktionschronik

S21

- 20.01.2016 Nr.5/2016** Lärmbelastung durch S-21-Tunnel-Bauarbeiten
- 09.02.2016 Nr. 34/2016** Verlegung Entrauchungsbauwerk Killesberg zur Prag: Viel Rauch und wenig Sicherheit?
- 09.02.2016 Nr. 35/2016** Änderung Schwallbauwerk SÜD: Stadtverschandelung und gravierende Sicherheitsmängel
- 09.02.2016 Nr.36/2016** Brandschutz Tiefbahnsteighalle S 21: Zusätzliche Flucht- und Rettungswege in der Tiefbahnsteighalle und Verschiebung der Fluchttreppen an die Bahnsteigenden
- 18.02.2016 Nr.47/2016** S21 Kostenprognose und Studie zu Ausstiegskosten aus S21 von Vieregk & Rössler
- 10.06.2016 Nr.186/2016** Bromacil-Verschmutzung und Altlastensanierung auf S 21 Gelände

Flüchtlinge

- 09.02.2016 Nr.33/2016** Es sind flankierende Maßnahmen zur Flüchtlingsunterbringung in großen Unterkünften erforderlich
- 08.06.2016 Nr.175/2016** Keine Amtshilfe für hinterhältige Abschiebepaxis
- 08.06.2016 Nr. 176/2016** Verabschiedung einer Resolution: Appell an das Regierungspräsidium Karlsruhe, auf die Abschiebung des Asylbewerbers Arol N. zu verzichten

Verkehr/ÖPNV

- 21.02.2016 Nr.50/2016** Verhinderung der VVS-Fahrpreiserhöhung 2017
- 10.03.2016 Nr.79/2016** Luftschadstoffbelastung durch verbindliche Fahrverbote reduzieren
- 07.04.2016 Nr.109/2016** S-Bahn-Vorlaufbetrieb auf der Gäu-/Panoramabahn
- 13.06.2016 Nr. 189/2016** Stadtbahnen nicht ausbremsen

Wirtschaft und Banken

- 07.03.2016 Nr.74/2016** Stuttgart zur TTIP-/CETA und TiSA-freien Zone erklären
- 07.04.2016 Nr.109/2016** Oh wie schön ist Panama
- 26.04.2016 Nr.133/2016** DIVEST NOW! Dekarbonisierung städtischer Finanzanlagen – städtische Anlagerichtlinien anpassen

Schulen/Bildung/Kita

- 25.01.2016 Nr. 9/2016** Schulentwicklungsplanung Berufliche Schulen: Aktueller Sachstand der erteilten Prüfaufträge
- 04.03.2016 Nr.69/2016** Schulentwicklungsplan für die berufsbildenden Schulen – aktuelle Entwicklungen bedenken!
- 11.04.2016 Nr. 112/2016** Weil wir bedarfsgerecht und für die Zukunft bauen wollen: Abänderungsantrag zur GRDs 324/2015 Sporthalle am Daimlergymnasium
- 25.04.2016 Nr. 132/2016** Wagenburg-Gymnasium: Finanzierung der Interimscontainer auf dem Wagenburgplatz nicht zu Lasten anderer Schulen!
- 15.06.2016 Nr. 193/2016** Leitungsaufgaben in KITAs

Wohnen

- 10.03.2016 Nr.80/2016** Wohnraum für Studierende –Was macht die Stadt?
- 15.06.2016 Nr.195/2016** SWSG: Zurück zum sozialen Auftrag, Mieterhöhungen für SWSG-Mieter jetzt zurücknehmen, sanieren statt abrechen

Stadtentwicklung

- 28.01.2016 Nr. 15/2016** Erhaltungssatzung für Hölderlinstraße 3a im UTA
- 28.01.2016 Nr.17/2016** Ansiedlungsvorhaben ALDI in Untertürkheim beenden
- 21.03.2016 Nr. 96/2016** Prüfauftrag – Verkehrsberuhigung in der Böblinger Straße, Abschnitt Polizeisiedlung

- 08.06.2016 Nr.180/16** Erhalt der CAP-Märkte in Ober- und Untertürkheim – Ansiedlungsvorhaben ALDI in Untertürkheim unterbinden
- 07.06.2016 Nr.171/2016** Erhaltungsantrag für die Gebäude der ehemaligen Hauptverwaltung der EnBW Stuttgart

Transparenz/Datenschutz

- 04.05.2016 Nr.146/2016** Informationelle Selbstbestimmung und Datenschutz bei polygo sicherstellen
- 13.05.2016 Nr.154/2016** Datenschutz im Klinikum Stuttgart
- 13.05.2016 Nr.155/2016** Sitzungsunterlagen und Protokolle der LHS im Internet: Wie ist der Stand?

Umwelt- und Tierschutz

- 04.02.2016 Nr.27/2016** Kein Einsatz glyphosathaltiger Herbizide
- 18.02.2016 Nr.46/2016** Ersatzstandort für Taubenschlag Rathausgarage
- 14.03.2016 Nr. 87/2016** Vicinalweg 3 endlich für den Autoverkehr sperren oder Artenschutz im Greutterwald

Weitere

- 03.03.2016 Nr. 67/2016** Vergaben von Bau- und Planungsleistungen und verwandte externe Vergaben
- 17.03.2016 Nr. 89/2016** Neubau Gerätehaus mit toter Galerieecke – scheitert ein sinnvolles Raumkonzept an 15 000 €?
- 17.06.2016 Nr. 200/2016** Praxisbeispiele der Direktwahl von Bezirksbeiräten/Ortschaftsräten in anderen Großstädten

.....

Artikel aus den Stadtbezirken und die ausführlichen Antrags-
texte, Pressemitteilungen und
Veranstaltungsberichte finden
Sie auf: www.soeslinkeplus.de.

.....

Fahrrad statt Feinstaub

„Die Landeshauptstadt Stuttgart beabsichtigt, den Fahrradverkehr im Stadtgebiet verstärkt zu fördern, um eine Steigerung des Radverkehrsanteils von etwa 7% auf mittelfristig 12% und langfristig 20% zu erreichen“.

Mit diesen Worten beginnt das Radverkehrskonzept der Stadt. Langfristig bedeutet: das Jahr 2020. Es bleiben also noch vier Jahre um den Anteil des Radverkehrs von derzeit sieben auf zwanzig Prozent zu steigern. Die aktuellen Verhandlungen um den Ausbau der Hauptradrouten zeigen, wie schwer sich der Gemeinderat damit tut, dem umwelt- und klimafreundlichen Radverkehr Priorität einzuräumen. Der mögliche Verlust von einzelnen PKW-Parkplätzen wird zum Anlass genommen, die Streckenführung grundsätzlich in Frage zu stellen.

Die Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS möchte, dass dem Radverkehr in der Stadt eine echte Chance gegeben wird zu wachsen.

Durchgehende Strecken auf sicheren Wegen müssen entstehen, um das Rad als Verkehrsmittel attraktiv zu machen. Gleichzeitig müssen neben diesen positiven Anreizen auch Maßnahmen ergriffen werden, die den PKW-Verkehr reduzieren: Fahrverbote bei Feinstaubalarm, autofreie Quartiere und die Parkraumbewirtschaftung sind hier mögliche Wege.

Bei der Sternfahrt am 12. Juni zeigten trotz schlechten Wetters weit über 500 Radfahrer, dass es noch erheblichen Bedarf an Radwegen in Stuttgart gibt. Auch beim Thema Lastenrad hat Stuttgart noch Luft nach oben: Viele Güter können innerhalb des Stadtgebiets auch mit den modernen (meist elektrifizierten) Lastenraden transportiert werden.

Wer sich für das Thema Verkehrswende interessiert, ist herzlich eingeladen am 29. Juni ab 18 Uhr im Rathaus im Großen Sitzungssaal den Vortrag von Professor Hermann Knoflacher zu besuchen.



Christoph Ozasek testet ein Lastenrad auf dem Marktplatz.



Stadt statt Autos! Wege aus dem Verkehrs- und Feinstaubkollaps

Vortrag von Professor Hermann Knoflacher

Das herkömmliche Verkehrswesen ist eine Zunft ohne wissenschaftliche Grundlagen und Kenntnis der Systemwirkungen, schreibt Professor Hermann Knoflacher. Die Wirkungen der klassischen Verkehrspolitik auf die Menschen und die Gesellschaft stellt die Werte unserer Zivilisation auf den Kopf. Der Mensch wird dem Auto untergeordnet. Autos bestimmen das Bild des öffentlichen Raums, der jedoch den Menschen und Fußgängern überlassen werden sollte. „Wir ziehen uns mehr oder weniger freiwillig in abgedichtete Häuser mit Lärmschutzfenstern zurück, um den Außenraum dem Krach, dem Staub und den Abgasen der Autos zu überlassen.“ Zugleich fühlt sich der Mensch im Auto wahnsinnig schnell und stark, weil er dort nur ein Sechstel seiner Körperenergie verbraucht. Professor Knoflacher ist ein ausgewiesener Verkehrsexperte, der am Wiener Institut für Verkehrsplanung und Verkehrstechnik forscht und lehrt. Darüber hinaus ist er auch ein unterhaltsamer Redner.

DIE LINKE.
in der Regionalversammlung

Impressum

Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS, Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart, V.i.S.d.P. Tom Adler, Hannes Rockenbauch

Die Fraktionsgemeinschaft besteht aus SÖS (Stuttgart Ökologisch Sozial), DIE LINKE, der Piratenpartei und der Studentischen Liste – junges Stuttgart. SÖS ist ein parteifreies Personenbündnis, das sich gegründet hat, um den Bürgerbewegungen in Stuttgart eine Stimme zu verleihen und ist mit drei Stadträten vertreten: Guntrun Müller-Enßlin, Hannes Rockenbauch und Gangolf

Stocker. DIE LINKE stellt die Stadträte Laura Halding-Hoppenheit, Christoph Ozasek und Tom Adler. Um den Fraktionsstatus zu erreichen, haben SÖS und DIE LINKE nach den Kommunalwahlen 2009 eine Fraktionsgemeinschaft gebildet und haben sich 2014 mit der Piratenpartei, vertreten durch Stefan Ubat und mit der Studentischen Liste – junges Stuttgart, vertreten durch Christian Walter, erweitert.

Redaktion: Friedemann Schirmeister, Renate Winter-Hoss, Hannes Rockenbauch, Tom Adler

Fotos: Roland Hägele, Redaktion
Gestaltung: preiselbeerdesign.de
Druck: UWS Papier & Druck GmbH
Karikatur: Kosta Koufogiorgos

Die digitale Ausgabe können Sie entweder per E-Mail unter soeslinkeplus@stuttgart.de bestellen oder unter www.soeslinkeplus.de herunterladen.

